

# Hintermann behindert Asylheim-Untersuchung

Zum Artikel «Hintermannbehindert Asylheim-Untersuchung», BaZ vom 8. Juli 2017. Von Joël Hoffmann

Reinach. Urs Hintermann, SP-Gemeindepräsident von Reinach, hält wenig von einer umfassenden, neutralen Untersuchung zur Asylheim-Affäre und zu seiner Rolle im Zusammenhang mit Missständen und den zweifelhaften Entlassungen von Whistleblowern. Recherchen der BaZ zeigen: Hintermannversucht nämlich, eine unabhängige Untersuchung der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) zu verhindern. Pikant: Das demokratisch heikle Vorgehen des Gemeindepräsidenten ist mit dem Gemeinderat und der Verwaltungsleitung abgesprochen.

Die GRPK ist seit Monaten im Besitz einiger Unterlagen, die auch der BaZ vorliegen. Wir haben deren Inhalt bereits im April veröffentlicht: Gemeindepräsident Hintermann, SP-Gemeinderätin Bianca Maag, Verwalter Thomas Sauter, Abteilungsleiter Soziales Beat Loosli und Asylheim-Leiter Christian Magni haben diverse zum Teil womöglich strafrechtlich relevante Vorkommnisse im Asylheim nicht der Polizei oder Staatsanwaltschaft gemeldet, sondern versucht unter dem Deckel zu halten. Mitarbeitende, die Vorfälle meldeten und sich mit der Passivität der Kader nicht abfinden wollten, wurden schikaniert und schliesslich entlassen. Unter diesen Mitarbeitenden war Farideh Eghbali, die knapp 20 Jahren im Asylheim arbeitete, äusserst beliebt war und seit ihrer korrekten Meldung einer intimen Beziehung zwischen einer Betreuerin und einem minderjährigen Klienten bei den Chefs in Ungnade gefallen ist. Die Unterlagen, welche der GRPK vorliegen, belegen, wie HintermannEghbali erst mit Ermahnungen und schliesslich mit Geld zum Schweigen bringen wollte – vergeblich.

## Hintermanns Forderungen

Hintermanndürfte die Brisanz dieser Unterlagen (Aktennotizen, Gesprächsprotokolle, E-Mails und Schweigegeld-Vertrag) bekannt sein. Wie bisher unbekanntes Unterlagen belegen, versucht der Gemeindepräsident nun der GRPK vorzuschreiben, wie sie in der Untersuchung gegen ihn und seine Kader vorgehen soll. Die BaZ stellt nun Hintermanns Plan vor, der im übrigen mit dem Gesamtgemeinderat und der Verwaltungsleitung abgesprochen ist. Gemeindepräsident Urs Hintermannund sein Gemeinderatskollege Melchior Buchs (FDP) haben zusammen eine Strategie zur Beeinflussung der GRPK ausgearbeitet.

Im Kern geht es darum, dass nicht die GRPK alleine – so wie es das Gesetz eigentlich vorsieht – die Asylheim-Affäre untersucht, sondern zusammen mit dem Gemeinderat. Das heisst, Hintermannkann an der Untersuchung gegen sich selber teilnehmen.

Das gemeinsame Projekt läuft unter dem Betreff «Lehren aus der Geschichte». Der Name ist Programm: So soll im Untersuchungsbericht nicht die Rolle Hintermanns und seiner Kader in der Asylheim-Affäre ausgeleuchtet werden. Der Gemeinderat hält als Bedingung für die Zusammenarbeit fest, dass es nicht darum gehen dürfe, «herauszufinden, wer was wann und weshalb richtig oder falsch gemacht hat». Ob Eghbali also richtig handelte, als sie Missstände meldete, und Hintermannfalsch, als er sie für ihre Hinweise bestrafen liess, soll nicht im Untersuchungsbericht stehen. Hintermanns und Buchs' Plan sieht vor, dass einzig Empfehlungen für die Zukunft aufgeführt werden: Was Gemeinderat und Verwaltung bezüglich Konfliktmanagement oder Kommunikation aus der Asylheim-Affäre lernen könnten.

Mit diesem gemeinsamen Projekt könnte Hintermann sein Gesicht wahren, der Einwohnerrat einen leicht kritischen Bericht zur Kenntnis nehmen – nur Farideh Eghbali bliebe auf der Strecke. Ob sie sich korrekt verhalten hat, ob sie zu Recht von Hintermann sanktioniert wurde, bliebe ungeklärt. Auch die Entlassung der ehemaligen Nachtwache Andres Pellegrini, der ebenfalls nach der Meldung von sexuellen Übergriffen durch eine andere Nachtwache von Hintermann entlassen wurde, würde von der GRPK nicht geklärt sein.

Der Gemeinderat hat kein Interesse daran, dass die GRPK noch weiteren Fragen – wie etwa dem Umgang Hintermanns mit Eghbali – nachgeht. So halten Hintermann und Buchs in ihrem Plan fest: «Wenn die GRPK an weiteren Aspekten der Geschichte interessiert sein sollte, dann macht eine Zusammenarbeit keinen Sinn.»

Gemeinderat will nichts sagen

Hintermann stellt das Kontrollorgan also vor die Wahl: Entweder die GRPK bietet ihm Hand dafür, dass er sein Gesicht wahren kann, oder der Gemeinderat wird bei der GRPK-Untersuchung nicht kooperieren.

Offen ist, wie die GRPK den demokratisch heiklen Plan des Gemeinderats aufgefasst hat, und auch, ob der Einwohnerrat Hintermanns versuchten Verstoß gegen die Gewaltenteilung goutieren wird. Die Geschäftsprüfer können aufgrund des Amtsgeheimnisses noch nicht zu dem Einflussversuch Stellung nehmen. Sollte es jedoch zu einer Kooperation kommen, so hatte Hintermanns Plan Erfolg. Der Gemeinderat lässt auf Anfrage ausrichten, dass man bereits dem BaZ-Chefredaktor mitgeteilt habe, dass man nicht mehr mit dem BaZ-Journalisten spreche.